

Stellungnahme junger
Experten aus Deutschland
und Polen zum
70. Jahrestag des Beginns
des Zweiten Weltkrieges

Zukunftsorientierte Zusammenarbeit im Wissen um die Vergangenheit

Der folgende Beitrag steht unter dem Patronat von Włodzław Bartoszewski, Staatssekretär und außenpolitischem Berater des Premiers der Republik Polen, Außenminister a.D., Tadeusz Mazowiecki, Premierminister der Republik Polen a.D., Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen a.D. und ehemaligem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Richard von Weizsäcker, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland a.D.

Der Krieg

Vor siebzig Jahren begann mit dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg, der den absoluten Tiefpunkt in den oft spannungsreichen deutsch-polnischen Beziehungen bezeichnet. Wenige Tage vorher, am 23. August 1939, hatten Hitler und Stalin in einem Pakt mit einem geheimen Zusatzabkommen Mittelosteuropa, also auch Polen, in Interessensphären aufgeteilt. Polen wurde zum ersten Opfer des Weltkriegs, zum Laboratorium für nationalsozialistische Siedlungs- und Großraumpläne und für sowjetische Expansionsbestrebungen.

Es besteht kein Zweifel, dass Deutschland diesen Krieg entfesselt hat und dass Deutschland für ihn die Verantwortung trägt. Vom ersten Tag an war dieser Krieg kein „normaler“ Krieg, sondern wurde von deutscher Seite mit unglaublicher Brutalität und unter systematischer Missachtung des Völkerrechts geführt. Das Ende der unmittelbaren Kriegshandlungen in Polen 1939 brachte keine Verbesserungen, sondern verschlimmerte im Ge-

genteil noch das Leid der polnischen Zivilbevölkerung. Vertreter der polnischen Intelligenz, des polnischen Staates und der Kirchen wurden von den deutschen Besatzern massenweise inhaftiert oder ermordet, weitere Teile der polnischen Bevölkerung zur Zwangsarbeit verurteilt. Hunderttausende von Polen wurden enteignet und aus ihrer angestammten Heimat in andere Teile des Landes vertrieben, viele überlebten diese Vertreibungen nicht. Die einheimische Bevölkerung, von den Nazis als „Untermenschen“ qualifiziert, musste den deutschen Besatzern als Sklaven dienen und sollte mittelfristig vertrieben oder vernichtet werden. Besonders schwer war das Los der polnischen Juden. Sie wurden in Gettos zusammengepfercht, zur Zwangsarbeit eingesetzt und schließlich ermordet. Innerhalb von fünf Jahren wurde die jahrhundertealte, reiche jüdische Tradition in Polen brutal und rücksichtslos durch die deutschen Besatzer ausgelöscht.

Die Geschichte Polens unter deutscher Besatzung ist auch die Geschichte des polnischen Widerstandes. Der verzweifelte Aufstand der jüdischen Bewohner des Warschauer Gettos 1943 gilt weltweit als Beispiel eindrucksvollen Heldenmuts. Die Erhebung der polnischen Heimatarmee im Warschauer Aufstand 1944, der sich militärisch gegen die Deutschen und politisch gegen die Sowjetunion richtete, ist ein europäisches Symbol des heroischen Kampfes gegen die Besatzer vor allem im Namen der Freiheit und der nationalen Würde. Die Erinnerung an die

deutschen Untaten während Krieg und Besatzung, die Erinnerung an den Holocaust, aber auch an den polnischen Widerstand ist unsere gemeinsame Aufgabe als Deutsche und Polen. Diese Erinnerung muss gerade auch den Deutschen schmerzlich bewusst bleiben. Denn die tiefe Scham über diesen Teil der deutschen Geschichte und der feste Wille des „Nie wieder“ gehören zu den geistigen Fundamenten der Bundesrepublik, auf denen sich Versöhnung und ein neues Zusammenwirken entwickeln konnten.

Das Deutsche Reich hatte in der Sowjetunion, die später eine gewaltige Last des Kampfes gegen Nazi-Deutschland trug und große Opfer brachte, zunächst einen wichtigen Verbündeten. Der Hitler-Stalin-Pakt erleichterte Hitler, den Krieg gegen Polen zu führen, und eröffnete der Sowjetunion den Weg zur Besetzung und Annexion Ostpolens sowie zur Eingliederung von Teilen Finnlands, der Baltischen Staaten, Bessarabiens und der Nord-Bukowina in die Sowjetunion, wobei es auch dort zu Massendeportationen der einheimischen Bevölkerung und zu Massenmorden wie in Katyn kam. Der totalitäre Sowjet-Kommunismus konnte in der Folge seine Herrschaft in Mitteleuropa bis an die Elbe hin ausdehnen. Auch dies war eine Folge des Zweiten Weltkriegs.

Die Folgen: Antagonismen und Aussöhnung

Nach dem Krieg raubte die vor allem von der Sowjetunion betriebene und mit den Siegermächten vereinbarte Westverschiebung Polens Millionen von Polen und Deutschen ihre Heimat und war eine schwere Hypothek für das künftige Verhältnis unserer beiden Völker. Die grausame Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten mit den damit verbundenen Gewalttaten vertiefte die Spaltung weiter. Zorn und Trauer von Polen über die selbst erlebten Grausamkeiten und

Demütigungen und das erlittene schwere Leid schlügen nun teilweise in Gewalt gegen die Deutschen um.

Wieder war es die Grenzziehung, diesmal die an Neiße und Oder, die die gegenseitigen Beziehungen vergiftete und auf beiden Seiten Antagonismen und Feindschaft hervorrief. Die Diktatur und Unfreiheit im Osten, die sich in der Folge des Krieges auch über Polen und den östlichen Teil Deutschlands ausbreiten konnten, und der West-Ost-Gegensatz im Kalten Krieg verschärften diese Situation. Dennoch gelang über die folgenden Jahrzehnte schrittweise eine Aussöhnung, sogar über die Blockgrenzen des Kalten Krieges hinweg. Gegen weite Teile der eigenen Bevölkerung wagte die Evangelische Kirche in Deutschland mit ihrer Ostdenkschrift 1965 den ersten wichtigen Schritt. Sie fasste eine Anerkennung der Grenze ins Auge, um den damaligen „Zustand einer so gut wie völligen Entfremdung und gegenseitiger Furcht und Hassgefühle“ mit Blick auf eine künftige Friedensordnung zu überwinden.

Kurz darauf folgten die polnischen katholischen Bischöfe, die ohne Absprache mit dem kommunistischen Regime mit den mutigen Worten „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ die Hand zur Versöhnung ausstreckten, die von ihren deutschen Glaubensbrüdern dankbar ergriffen wurde. Mit der Ostpolitik Willy Brandts wurden die De-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und das Bemühen um einen unter den gegebenen politischen Koordinaten möglichen *Modus vivendi* offizieller Teil der weiteren deutschen und polnischen Politik.

Wir haben in diesem Jahr auch das zwanzigste Jubiläum des Falls des „Eisernen Vorhangs“ gefeiert. Ohne die polnische Solidarność und ihr unerschrockenes Eintreten für Freiheit und Demokratie wäre der politische Umbruch weder in Polen noch in einem anderen Land des damaligen Ostblocks zum damaligen

Zeitpunkt möglich gewesen. Somit ist die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 auch eine Folge des polnischen Widerstands gegen den Kommunismus.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Befreiung Europas vom Kommunismus erreichte die deutsch-polnische Aussöhnung eine neue Qualität: Der bewegende Friedensgruß zwischen dem polnischen Premier Tadeusz Mazowiecki und dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Messfeier am 12. November 1989 in Kreisau und der zwischen den beiden Regierungen anschließend ausgehandelte Grenzvertrag stellten die bilateralen Beziehungen symbolisch und faktisch auf eine neue Grundlage. Die Nachkriegsgrenzen wurden durch den Grenzvertrag vom 14. November 1990 endgültig auch völkerrechtlich bestätigt. Viele Städte und Gemeinden etablierten aber über die Grenze hinweg Partnerschaften im jeweiligen Nachbarland. Unter anderem aus dem Wissen um die eigene historische Verantwortung und um die Bedeutung guter nachbarschaftlicher Beziehungen in allen Bereichen unterstützte die Bundesregierung die polnischen Bemühungen um einen Beitritt zur NATO und Europäischen Union.

Partner in Europa

Siebzig Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre nach dem Ende des Kommunismus und der Spaltung in Europa sind Polen und Deutschland Partner in der NATO und der EU. Die Pfeiler unserer Partnerschaft sind unsere gemeinsamen Werte, die bedingungslose Absage an jede Form von Totalitarismus, Diktatur oder Chauvinismus und das unbedingte Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und sozialer Marktwirtschaft. Uns verbindet der Konsens über die Umkehrbarkeit der gemeinsamen Grenze und über die Unantastbarkeit der nach 1945 entstandenen Eigentumsregeln.

Stellvertretend für alle anderen, auch nachfolgenden Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, bekannte sich Bundespräsident Roman Herzog 1994 in Warschau zur Verantwortung der Deutschen für die unermesslichen Verbrechen des Dritten Reichs; er verbeugte sich vor den polnischen Opfern und bat um Vergebung für das, was Polen „von den Deutschen angetan worden ist“. Der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski beklagte als Vertreter der Republik Polen 1995 in seiner Rede im Deutschen Bundestag das „Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben“. Dabei bekannte er, „dass zu den Tätern auch Polen gehören“.

Polen und Deutschland, deren Nachbarschaft durch die Geschichte belastet ist, tragen heute gemeinsam Verantwortung für die Zukunft des europäischen Kontinents. Die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union, die Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse, die Gestaltung einer verantwortungsbewussten Politik gegenüber den osteuropäischen Nachbarn und die Weiterentwicklung der europäischen und euroatlantischen Sicherheitsarchitektur sind unter anderem zentrale Aufgaben, die wir nur gemeinsam erledigen können.

Von diesem Weg sollten wir uns nicht durch Kontroversen über die Deutung historischer Ereignisse abbringen lassen. Die Geschichtsforschung ist die Aufgabe von Historikern, die Geschichte ständig interpretieren. Darüber hinaus entwickelt jeder Geschichtsinteressierte und Zeuge seine eigene Sicht auf die Vergangenheit. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit muss aber immer der Wahrheitssuche verpflichtet sein, auch wenn sie teilweise zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen mag. In einer freiheitlich pluralistischen Gesellschaft ist jeder Ver-

such zum Scheitern verurteilt, ein einheitliches oder gar gegen andere Länder negativ gerichtetes Geschichtsbild staatlicherseits zu oktroyieren. Erst recht wird dies nicht über die Grenzen des Nationalstaates hinaus gelingen.

Der Grundkonsens, der Deutsche und Polen verbindet, ist stark genug, auch unterschiedliche Sichtweisen auf die gemeinsame Vergangenheit auszuhalten. Die gewachsene Partnerschaft darf durch solche Kontroversen nicht gefährdet werden. Die sicherlich notwendigen Kontroversen sollen nicht unterdrückt, aber im Geiste der Verständigung geführt werden. Dann stellen sie eine Bereicherung des deutsch-polnischen Dialogs dar. Wir wehren uns aber dagegen, dass Geschichte selektiv und populistisch instrumentalisiert wird, um bestimmte politische Ziele zu erreichen, was keineswegs nur die deutsch-polnischen Beziehungen betrifft. Wer so handelt, nimmt in Kauf, dass die Beziehungen zwischen den Völkern Schaden nehmen, und lenkt von den eigentlich wichtigen gemeinsamen politischen Zielen ab. Es ist bedauerlich, dass derartige Versuche häufig Unterstützung von publizistischer Seite finden.

Gleichzeitig gebietet es das Interesse an einer Stärkung der deutsch-polnischen Partnerschaft, das Wissen über die deutsch-polnische Vergangenheit zu vertiefen. Insbesondere die Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg und ihrer Folgen, aber auch der Vor- und Nachkriegszeit und des sich anschließenden schwierigen, aber erfolgreichen Versöhnungsprozesses sollte stärker in den Schulen gelehrt und in Museen oder durch Medien vermittelt werden. Das Wissen übereinander schafft die Basis für weitere Annäherungen und hilft, den auf allen Ebenen notwendigen Dialog jederzeit mit dem gebotenen Respekt und in einem Klima wachsenden Vertrauens zu führen.

Unsere, die dem Krieg nachfolgenden Generationen kennen den Zweiten Weltkrieg nur mehr aus unterschiedlichen Erzählungen, aber wir sind verantwortlich für das, was in der Geschichte aus dieser belasteten Vergangenheit wird, wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner wichtigen Rede zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes 1985 betonte. Wir selbst haben noch den Kalten Krieg und seine Folgen kennengelernt. Deshalb haben wir die Pflicht der historischen Besinnung und des verantwortlichen Umgangs mit der Vergangenheit, um daraus Konsequenzen für eine bessere Zukunft zu ziehen. Wir tragen die Verantwortung dafür, uns selbst und den weiteren Generationen den Wert eines friedlichen und geeinten Europas zu vergegenwärtigen, eines Europas, das wir gemeinsam gestalten und miteinander bewohnen wollen.

Alexander Brakel, Referent in der Planungsgruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin

Waldemar Czachur, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Internationale Beziehungen und an der Universität Warschau

Stephan Raabe, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, Warschau

Marcin Wiatr, freier Publizist und Übersetzer, Gleiwitz

Die Stellungnahme junger Experten aus Deutschland und Polen wurde von folgenden Personen mitunterzeichnet:

Rafał Bartek, Direktor des Hauses für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Gleiwitz/Oppeln

Jochen Böhler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau

Dariusz Dolszewski, Vorsitzender der Jungen Demokraten in Polen

Andrzej Godlewski, Chef des Ressorts Politik und Meinung der Tageszeitung „Polska. The Times“, Warschau

Pater Thomas Grießbach OP, Prior des Dominikanerklosters St. Paulus, Berlin-Moabit

Thomas Gutschker, Ressortleiter Außenpolitik, „Rheinischer Merkur“, Bonn

Karl-Heinz Kamp, Director Research Division NATO Defense College, Rom

Prälat Peter Klasvogt, Direktor des Sozialinstituts Kommende und der Katholischen Akademie Schwerte im Erzbistum Paderborn, Dortmund

Dariusz Klimczak, Landesvorsitzender des Jungen Bürgerforums, Lodz

Christian Kremer, Stellv. Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, Brüssel

Jacek Kucharczyk, Vorstandsvorsitzender des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau

Maciej Kuziemski, Politischer Berater, Warschau

Markus Lackamp, Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin

Steffen Liebendörfer, Stellvertretender Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Berlin

Nathanael Liminski, Initiator und Leiter der Bewegung „Generation Benedikt“ in Deutschland, Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Union in Nordrhein-Westfalen, Bonn/Sankt Augustin

Sylwester Matusiak SAC, Pfarrer der deutschsprachigen katholischen Gemeinde in Warschau, Lehrbeauftragter für Moraltheologie an der Theologischen Hochschule der Pallottiner in Ożarów bei Warschau

Dariusz Pawłoś, Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“, Warschau

Armin Mikos von Rohrscheidt, Unternehmer, Initiator von Unternehmungen des deutsch-polnischen Dialoges im Kultur-Tourismus, Posen

Marcin Nowicki, Leiter des Bereichs Regionalforschung und europäische Integration im Institut für Marktwirtschaftsforschung, Danzig

Thomas Raabe, Historiker, Berlin

Anna Radwan, Präsidentin Robert-Schuman-Stiftung, Warschau

Sigrid Schraml, Referentin für internationale Aufgaben im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Bonn/Bad-Godesberg

Thomas Schneider, Erster stellvertretender Vorsitzender der Jugend der Europäischen Volkspartei (YEP), Vorsitzender der Internationalen Kommission für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der Jungen Union Deutschlands (JU), Berlin

Daniela Senk, Pressereferentin im Stab des Präsidenten des Europäischen Parlaments Prof. Jerzy Buzek, Brüssel

Hans Martin Sieg, Referent für Außen- und Sicherheitspolitik beim Bundestagsabgeordneten Manfred Grund (CDU), Berlin

Bartosz Sowier, Leiter des Büros der Fraktion der Bürgerplattform (PO) im Sejm, Warschau

Jesko von Samson, Vorsitzender der Panropa-Union Berlin-Brandenburg

Bertil Wenger, stellvertretender Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen, CDU-Bundesgeschäftsstelle

Bartosz T. Wieliński, Journalist der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, Warschau

Piotr Womela, Projektkoordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, Warschau